AK Anderl: 2019 bringt mehr Service und mehr Leistungen für AK-Mitglieder

2018-12-28 09:27

Die AK stärken heißt, zur AK Wahl gehen

„Das Jahr 2019 wird den AK Mitgliedern neue und verbesserte Leistungen und Services der Arbeiterkammer in den Schlüsselbereichen Bildung, Pflege und Wohnen bringen“, betont AK Präsidentin Renate Anderl. Zudem hat die AK eine große Digitalisierungsoffensive vor: Über einen Zeitraum von fünf Jahren sollen bundesweit 150 Millionen Euro in einen Qualifizierungsfonds und einen AK Projektfonds Arbeit 4.0 fließen. „Unsere Offensive hat ein klares Ziel: Die Digitalisierung soll den Beschäftigten in Österreich nützen und ihr Leben verbessern“, betont Anderl.

Ab Jänner 2019 geht es an die AK Wahlurnen. „Nur eine starke AK garantiert eine starke Interessenvertretung. Die AK stärken, heißt, zur AK Wahl gehen“, hofft Anderl, dass möglichst viele von ihrem demokratischen Wahlrecht Gebrauch machen „und somit auch unser Zukunftsprogramm unterstützen.“ Von der Regierung fordert die AK Präsidentin „mehr Respekt vor den Anliegen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Denn sie sind es, die unser Land am Laufen halten. Der wirtschaftliche Erfolg Österreichs ist der Erfolg seiner Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.“

Die Arbeiterkammern haben gemeinsam ein Zukunftsprogramm für die Jahre 2019 bis 2023 erarbeitet. Dieses sieht neue Leistungsschwerpunkte in den Schlüsselbereichen Bildung, Pflege und Wohnen vor. Ein weiterer Schwerpunkt ist eine große Digitalisierungsoffensive, für die 150 Millionen Euro bundesweit zur Verfügung gestellt werden. Das Zukunftsprogramm ist die Antwort der AK auf eine Vorgabe der Regierung. Diese hat von den Kammern bis 30. Juni 2018 Effizienzsteigerungsmaßnahmen eingefordert. Anderl: „Wir haben pünktlich geliefert. Unser Zukunftsprogramm bringt den Mitgliedern mehr Leistungen zum gleichen Beitrag.“ Eine Kürzung der AK Beiträge hätte die gegenteilige Wirkung – also weniger Beratung, weniger Vertretung und in Folge weniger Rechte für die ArbeitnehmerInnen, warnt die Präsidentin.

150 Millionen Euro in den kommenden fünf Jahren aufzustellen, bedeutet für die AK eine große Kraftanstrengung. Um die neuen Leistungen anbieten zu können, wird intern gespart, es werden Bauvorhaben verschoben und Umschichtungen vorgenommen.

Starke AK Garant für starke Interessenvertretung

Ab Jänner 2019 geht es an die AK Wahlurnen. Zwischen Jänner und April wählen die österreichischen ArbeitnehmerInnen ihr ArbeitnehmerInnen-Parlament. Die Arbeiterkammer-Wahlen starten in Vorarlberg, Tirol und Salzburg zwischen Ende Jänner und Anfang Februar, zuletzt wird in der AK Steiermark gewählt. Die Wahlbüros in den Arbeiterkammern arbeiten bereits seit Monaten mit großem Einsatz. „Wir sind die starke Stimme der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Nähe zu unseren Mitgliedern ist uns sehr wichtig. Wir wollen möglichst allen Beschäftigten die Möglichkeit geben, von

ihrem demokratischen Wahlrecht Gebrauch zu machen und deshalb dafür sorgen, dass wo möglich direkt im Betrieb gewählt werden kann“, betont Anderl.

Regierung muss Anliegen der ArbeitnehmerInnen respektieren

„Die Regierung hat bisher den Druck in der Arbeitswelt eher verschärft, statt die wichtigsten Probleme der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen zu lösen“, kritisiert AK Präsidentin Renate Anderl. Nach einem Jahr wird es jetzt Zeit, Lösungen zu präsentieren, fordert die Präsidentin. Als dringendste Fragen nennt sie: die Generalreparatur des Arbeitszeitgesetzes, ein Maßnahmenpaket, damit Wohnen billiger wird, eine sozial gerechte Steuerreform, den energischen Kampf gegen Lohn- und Sozialdumping, die langfristige Absicherung hochwertiger Betreuung und Pflege, die Sicherung der Lehrausbildung und Aufrechterhaltung der überbetrieblichen Ausbildungseinrichtungen. Auf der Positivliste der Regierungsmaßnahmen steht wenig, außer einige Versprechen, die noch nicht eingelöst wurden, so Anderl.

Arbeitszeitgesetz zurücknehmen

Die Regierung hat mit dem Arbeitszeitgesetz die 60-Stunden-Woche von der Ausnahme zur Regel gemacht – voll zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, kritisiert Anderl. „Wer so ein Gesetz schreibt, dem fehlt der Respekt vor den hart arbeitenden Menschen, die unser Land am Laufen halten“, fordert die AK Präsidentin faire Regeln für die Arbeitszeiten: 12-Stunden-Tage und 60-Stunden-Wochen müssen wieder die streng geregelte Ausnahme werden, es braucht ein Recht auf die 4-Tage-Woche und letztlich „müssen wir in Zukunft weniger arbeiten und nicht mehr. Das heißt: Arbeitszeitverkürzung.“

Leistbares Wohnen endlich möglich machen

„Die Wohnkosten steigen und steigen. Die Menschen müssen bei den Wohnkosten spürbar entlastet werden“, verlangt Anderl. Wohnen muss leistbar sein, vor allem auch für junge Menschen. „Wir brauchen daher dringend ein neues einfaches Mietrecht mit tauglichen Mietobergrenzen und mehr neue geförderte Wohnungen. Zudem müssen die Maklerprovisionen für die Mieterinnen und Mieter gestrichen werden – so wie das in Deutschland seit Juni 2015 der Fall ist. Es soll der bezahlen, der den Makler beauftragt und das ist in der Regel der Vermieter.“

Steuerreform darf keine Mogelpackung werden

„ArbeitnehmerInnen und KonsumentInnen tragen 80 Prozent des Steueraufkommens bei, daher sollen 80 Prozent der Entlastung auch bei dieser Gruppe ankommen“, so Anderl.

Dies betreffe besonders auch den Ausgleich der kalten Progression. Doch jüngste Aussagen aus dem Finanzministerium deuten an, dass das Entlastungsvolumen für die ArbeitnehmerInnen deutlich geringer ausfallen wird als bisher bekannt. Die kalte Progression wird seit der letzten Steuerreform bis 2020 auf mehr als drei Milliarden Euro anwachsen. „Das ist das Minimum an Entlastung, das sich die Österreicherinnen und Österreicher verdient haben. Alles andere wäre eine Mogelpackung“, sagt Anderl. Doch das Finanzministerium hat offenbar vor, den Familienbonus beim Entlastungsvolumen anzurechnen.

„Vom Familienbonus profitiert längst nicht jeder Arbeitnehmer, jede Arbeitnehmerin“, sagt Anderl. Zudem sinkt durch eine Anrechnung des Familienbonus das Volumen der Steuerreform für die Beschäftigten auf nicht einmal zwei Milliarden Euro, weil schon viele Steuerzuckerl für Unternehmen vorgesehen sind.

Fachkräftemangel beheben – aber richtig

Anderl fordert, dass die Regierung im Interesse aller – nämlich der ArbeitnehmerInnen und der Wirtschaft – Lohn- und Sozialdumping verstärkt bekämpft, anstatt durch Aufweichung der Kriterien für die Rot-Weiß-Rot-Karte oder der Ausweitung der Mangelberufsliste „den Arbeitsmarkt sperrangelweit aufmacht und so den Niedriglohnsektor zusätzlich befeuert.“ Alle reden über den Fachkräftemangel, aber aus Sicht von Anderl, tut die Regierung das Falsche. Statt den Arbeitsmarkt für noch mehr Arbeitskräfte aus Drittstaaten zu öffnen, sollten jenen Menschen, die bereits in Österreich sind und Arbeit suchen eine bessere Chance auf berufliche Qualifikation erhalten. Dafür braucht es aber mehr Fördermittel für berufliche Qualifikation von arbeitssuchenden Erwachsenen und ausreichend Plätze und Mittel für überbetriebliche Ausbildung für Junge, die keinen Lehrplatz finden.

Langfristig hochwertige Betreuung und Pflege absichern

„Die dramatisch größer werdende Personallücke ist eines der Hauptthemen, mit denen wir uns auch auf politischer Ebene beschäftigen müssen“, betont Anderl. Zentral ist die Frage der Bedingungen, unter denen Pflege und Betreuung im Alltag stattfindet. Denn wenig überraschend bewirken gute Arbeitsbedingungen attraktive Arbeitsplätze während schlechte Menschen eher von einer Tätigkeit abschrecken.

„Statt Ankündigungen und diffuser Imagekampagnen müssen rasch Nägel mit Köpfen gemacht werden“, fordert Anderl insbesondere gesetzlich verbindliche Rahmenbedingungen und österreichweite Vorgaben zur Verbesserung des Personaleinsatzes, damit MitarbeiterInnen genügend Zeit für ihre Aufgaben haben und bessere Arbeitszeitmodelle und verlässliche Dienstpläne.